



GEMEINSAME STELLUNGNAHME

<https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE1511562019ENGLISH.pdf>

1. Oktober 2019 – AI-Index: MDE 15/1156/2019

Fortlaufende Verzögerung der Datenbank der Vereinten Nationen durch Hohe Kommissarin für Menschenrechte unbegründet und inakzeptabel

Die unterzeichnenden Organisationen bringen ihre erhebliche Besorgnis und Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen es versäumt hat, dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen auf seiner 42. Sitzung die Datenbank zu übermitteln, die von diesem mit seiner Resolution 31/36 (2016) beauftragt worden war und in der alle Unternehmen verzeichnet sind, die sich an Aktivitäten in Zusammenhang mit Israels rechtswidrigem Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT / Occupied Palestinian Territory) beteiligen.¹ Um die Übermittlung der Daten hatte der Menschenrechtsrat bereits auf seiner 34. Sitzung im März 2017 gebeten.

Solche wiederholten und unbegründeten Verzögerungen, deren Ende offen ist, hat es bei der Handhabung früherer Mandate durch das Büro des Hohen Kommissariats für Menschenrechte (OHCHR / High Commissioner for Human Rights) nie gegeben. Im März 2019 schrieb die Hohe Kommissarin an den Präsidenten des Menschenrechtsrats und versprach, das Mandat „in den kommenden Monaten“ zu erfüllen. Ihre Entscheidung, dies bei der Sitzung des Rates im September 2019 nicht zu tun, bedeutet, dass der Rat vor seiner nun folgenden Sitzung im März 2020 praktisch keine Möglichkeit mehr haben wird, den Bericht zu bewerten – ein ganzes Jahr nachdem die Hohe Kommissarin ihr Versprechen abgeben hat.

Es ist höchst bedenklich, dass das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte das Mandat, in dem die Weiterleitung der gesammelten Daten ausdrücklich festgeschrieben ist, bislang nicht erfüllt hat, vor allem im Licht der beständigen Berichte über politische Einflussnahmen auf die Umsetzung dieser Resolution durch verschiedene Staaten.² Im Juli 2019 hatten rund 90 Staaten auf der 41. Sitzung des Menschenrechtsrates in zwei unterschiedlichen gemeinsamen Stellungnahmen die entscheidende Bedeutung der Maßgabe betont, dass die Hohe Kommissarin und ihr Büro ihre Unabhängigkeit bewahren und ihre Mandate unparteiisch und ohne jede Einmischung ausführen können.³ Unterdessen haben zivilgesellschaftliche Organisationen aus der ganzen Welt die Hohe Kommissarin mehrfach dazu aufgerufen, das Mandat der Resolution 31/36 (2016) zu erfüllen und die Datenbank zu veröffentlichen. Dabei merkten sie an, dass dies „nicht nur für den Schutz der Rechte der palästinensischen Bevölkerung wichtig ist, sondern auch eine bedeutende Entwicklung in den internationalen Bemühungen darstellt, die Beachtung des internationalen Völkerrechts durch staatliche und nicht-staatliche Akteure sicherzustellen“ und dass die Datenbank „ein wichtiges Instrument zur Stärkung der

¹ Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, A/HRC/RES/31/36, Abs. 96

² Es gab mehrere Medienberichte, in denen politische Einflussnahmen gegen die Veröffentlichung der Datenbank beleuchtet wurden, siehe etwa Josef Federman, Josh Lederman und Jamey Keaten, *Israel races to head off UN settlement 'blacklist' (Israel eilig bemüht, Veröffentlichung von „Schwarzer Liste“ der UN über Aktivitäten in Siedlungen zu verhindern)*, AP, 26. November 2017, erhältlich unter <https://www.apnews.com/9f910e5a7b264c38aad504a6147d9898> und Nick Cumming-Bruce, *Clash Over Israeli Settlements Has a New Front: A Delayed U.N. Report (Streit um israelische Siedlungen finden an neuer Front statt: ein aufgeschobener Bericht der Vereinten Nationen)*, *The New York Times*, 5. März 2019, siehe <https://www.nytimes.com/2019/03/05/world/middleeast/israel-united-nations-boycottcompanies.html>

³ Al-Haq, *More than 100 Organisations Call for the Release of the UN Database of Businesses Engaged in Activities with Israeli Settlements (Über 100 Organisationen fordern die Veröffentlichung der UN-Datenbank über Unternehmen, die in Aktivitäten in israelischen Siedlungen involviert sind)*, 29. August 2019, <http://www.alhaq.org/advocacy/14950.html>

Umsetzung internationaler rechtlicher Vorgaben und Standards inklusive der Richtlinien der Vereinten Nationen zu Unternehmen und Menschenrechten in Situationen des Krieges und der Besatzung ist.“ ⁴

Die Hohe Kommissarin hat für die ausgedehnte Verzögerung bei der Erfüllung des ihr anvertrauten Mandates keine stichhaltigen Gründe oder Erklärungen abgegeben, die mit der Unabhängigkeit ihres Büros in Einklang stünden. Das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (OHCHR) hatte genügend Zeit, um alle nötigen Vorbereitungen für die Veröffentlichung der Datenbank inklusive der Kontaktaufnahme zu den Unternehmen durchzuführen.⁵ Um die Menschenrechte von Palästinenser*innen und die Integrität des Büros der Hohen Kommissarin für Menschenrechte zu schützen und zu wahren, ist es dringend erforderlich, dass die Hohe Kommissarin die Datenbank unverzüglich veröffentlicht, diese inklusive der Namen aller darin aufgeführten Unternehmen an den Rat weiterleitet, und sich zur jährlichen Aktualisierung der darin enthaltenen Daten verpflichtet. Andernfalls sollte die Hohe Kommissarin ihre grundsatzgetreuen und mit der Unabhängigkeit ihres Büros übereinstimmenden Gründe für die Nicht-Durchführung dieses speziellen, ihr anvertrauten Mandates öffentlich benennen.

Seit der Einrichtung des Mandates für die Datenbank im Jahr 2016 hat Israel seinen Bau illegaler Siedlungen im Westjordanland massiv gesteigert und im September den Siedlungsaußenposten *Mevo'ot Yericho* in der Nähe der Stadt Jericho im Jordantal nachträglich genehmigt,⁶ nur wenige Tage nachdem Premierminister Netanyahu gelobt hatte, im Falle seiner Wiederwahl das Jordantal zu annektieren.⁷ Geschäftstätigkeiten in oder mit Siedlungen tragen auf vielerlei Weise zum Wachstum und zur Entwicklung dieser Siedlungen und zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen bei.⁸

⁴ Al-Haq, *100 Palestinian, Regional and International Organisations Call on High Commissioner for Human Rights to Publish the UN Database on Business Enterprises with Activities Related to Israeli Settlements in the OPT* (100 palästinensische, regionale und internationale Organisationen fordern Hohe Kommissarin für Menschenrechte auf, die UN-Datenbank über Unternehmen mit Aktivitäten in Bezug auf israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu veröffentlichen), 30. November 2018 <http://www.alhaq.org/advocacy/6130.html>

⁵ Siehe zum Beispiel den Brief des Hohen Kommissars für Menschenrechte von 2014-2018, Zeid Ra'ad al-Hussein an den Präsidenten des Menschenrechtsrats, den Botschafter Vojislav Šuc, vom 7. August 2018 erhältlich unter <https://extranet.ohchr.org/sites/hrc/PresidencyBureau/BureauRegionalGroupsCorrespondence/Corresp2014DL/180807LetterfromHCdatabase.pdf>

⁶ Siehe zum Beispiel die Berichterstattung und Presseerklärungen zu den Sitzungen der Vereinten Nationen, *Special Coordinator Reports Largest Expansion of West Bank Settlements in 2 Years, as He Briefs Security Council on Middle East Peace Process*, Sonderkoordinator berichtet bei Information des Sicherheitsrats über den Nahost-Friedensprozess von umfangreichster Expansion von Westbanksiedlungen in zwei Jahren), 20. Juni 2019, <https://www.un.org/press/en/2019/sc13853.doc.htm>

⁷ David M. Halbfinger, *Netanyahu Vows to Start Annexing West Bank, in Bid to Rally the Right* (Im Bemühen, die Rechte hinter sich zu bringen, gelobt Netanyahu mit der Annektierung der Westbank zu beginnen), *The New York Times*, 6. April 2019 unter <https://www.nytimes.com/2019/04/06/world/middleeast/netanyahu-annex-west-bank.html?module=inline> sowie BBC, *Israel PM Netanyahu vows to annex occupied Jordan Valley* (Israels Premier Netanyahu gelobt besetztes Jordantal zu annektieren), 10. September 2019 unter <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-49655226>

⁸ „Die mit den Siedlungen verbundenen Menschenrechtsverletzungen sind allgegenwärtig und verheerend, und sie reichen durch den Ausbau von Siedlungen und Infrastruktur in alle Facetten des palästinensischen Lebens hinein. Palästinenser*innen leiden unter Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit, ihrer Bewegungsfreiheit und ihrer Bildungschancen, ihrer Rechte auf Land und Wasser, auf Zugang zu einem Lebensunterhalt und ihres Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, ihres Rechts auf ein Familienleben und vieler weiterer Rechte.“ Menschenrechtsrat, Datenbank aller Wirtschaftsunternehmen, die in den Aktivitäten involviert sind, wie sie im Detail in Absatz 96 des Berichts der Unabhängigen Internationalen Faktfindungsmission zur Untersuchung der Folgewirkungen der israelischen Siedlungen auf die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den gesamten besetzten palästinensischen Gebieten einschließlich Ostjerusalem dargelegt sind, 26. Januar 2018, A/HRC/37/39. Der Bericht der Internationalen Faktfindungsmission zur Untersuchung der Folgewirkungen der israelischen Siedlungen auf die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung aus dem Jahr 2013, der von den Vereinten Nationen in Auftrag gegeben worden war, befand, dass „Wirtschaftsunternehmen direkt und indirekt den Bau und Ausbau der Siedlungen ermöglicht, erleichtert und davon profitiert haben“. Menschenrechtsrat, Bericht der Unabhängigen Internationalen Faktfindungsmission zur Untersuchung der Folgewirkungen der israelischen Siedlungen auf die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den gesamten besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, 7. Februar 2013, A/HRC/22/63

Die wiederholten Verzögerungen bei der Veröffentlichung der Datenbank und der Übermittlung der Daten durch das Büro der Hohen Kommissarin für Menschenrechte befördern und ermöglichen die weitere Verfestigung und Expansion illegaler Siedlungen. Eine Übermittlung der Daten würde für ein gewisses Maß an Transparenz hinsichtlich dieser Aktivitäten sorgen und könnte als Instrument zur Unterstützung von Staaten und Unternehmen dienen, ihre Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten aus den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Internationalen Humanitären Völkerrecht zu wahren.

ENDE

Al-Haq

Amnesty International

Cairo Institute for Human Rights Studies (CIHRS)

The Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO)

CNCD-11.11.11

European Middle East Project (EuMEP)

Global Legal Action Network (GLAN)

Human Rights Watch